



Kurzbewertung Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition

Köln, 26. November 2021

Die Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat am 24.11. den Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ als Entwurf vorgestellt. Dieser muss noch in den jeweiligen Parteigremien bestätigt werden, bevor er von den Koalitionären unterzeichnet werden kann. Im Folgenden nehmen wir eine Erstbewertung aus Sicht des Dachdeckerhandwerks und der Bauwirtschaft vor.

Bauministerium

Erfreulich ist, dass die Bedeutung des Bausektors als eine Schlüsselbranche endlich mit einem eigenständigen Ministerium bedacht wird. Das Haus wird künftig SPD-geführt sein und die ehemalige Umweltministerin Svenja Schulze gilt als eine wahrscheinliche Kandidatin.

400.000 Wohnungen

Die künftige Ministerin muss als wichtigste Aufgabe ein großes Wohnungsbauprogramm vorantreiben, denn laut Koalitionsvertrag sollen jährlich 400.000 neue Wohnungen fertiggestellt werden. Das ist ein äußerst ambitioniertes Ziel, zumal in den vergangenen Jahren rund 300.000 Wohnungen jährlich gebaut wurden.

3 % lineare Afa

Ein richtiger Investitionsanreiz für den Mietwohnungsbau ist die Erhöhung der linearen Abschreibung von zwei auf drei Prozent. Hiermit will die Koalition vor allem eine klimagerechte Neubauoffensive starten. Entsprechend werden im Gebäude-Energie-Gesetz die Neubau-Standards zum 1. Januar 2022 an den KfW-EH 40 angeglichen. Verschärfungen sind auch für die Bestandsgebäude vorgesehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kosten im Vergleich zu den CO₂-Einsparungen nicht überproportional hoch werden und die Förderkulisse angepasst wird.

Digitalisierung / Entbürokratisierung

Insgesamt soll das Bauen einfacher, schneller und günstiger werden, z.B. durch serielles und modulares Bauen, mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie. Hier werden wir die Koalition verstärkt darauf hinweisen, dass vor allem die digital gestützte Vorfertigung von Bauteilen im Werk und die kurze Montagezeit auf der Baustelle die Bauzeit verkürzt. Serielles Bauen und Sanieren darf allerdings handwerkliche Leistungen nicht ersetzen, sondern soll diese unterstützen. Durch die Verbindung mit einer Typisierung von Gebäuden kann dann tatsächlich kostengünstiger gebaut werden. Dies entspricht auch dem Wunsch der Bauherren nach individuellen Bauwerken insbesondere im Wohnungsbau, denn der Anteil in serieller Bauweise erstellter Wohnungen liegt unter einem Prozent.

Arbeit und Soziales

Wie erwartet, wurde der gesetzliche Mindestlohn auf 12,00 Euro angehoben. Unklar ist bislang, wann die Anpassung erfolgen soll. Enttäuschend ist, dass die Koalition für den größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes, der Rentenversicherung, keine Lösungen zur Bewältigung der massiven Finanzierungsprobleme vorhält. Lediglich die Aktienrente und die Rückkehr zum Nachholfaktor bei der Rente gehen in die richtige Richtung. Positiv wahrgenommen haben wir die Bereitschaft, mit den Stakeholdern einen vertrauensvollen, engen Austausch zu wahren. So sollen sowohl im Wohnungsbau als auch für die Verkehrsinfrastruktur Dialogprozesse mit den verschiedenen Akteuren in Gang gesetzt werden. Auch bei den Bürokratiekosten soll ein Praxischeck unter Einbeziehung der Wirtschaft stattfinden. Hierbei werden wir uns zusammen mit der Bundesvereinigung Bauwirtschaft (BVB) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) aktiv einbringen.